

Eine Befreiung von der Geißel des Krieges ist nicht in Sicht

Kommentar zu den Kriegen in der Ukraine und im Gaza

von Irmgard Ehrenberger

Das neue Jahrtausend begann hoffnungsvoll: Die UNO-Generalversammlung hatte einstimmig beschlossen, die Jahre 2001 bis 2010 zur „Internationalen Dekade für eine Kultur des Friedens und der Gewaltfreiheit zugunsten der Kinder dieser Welt“ auszurufen. Zwei Jahrzehnte später stehen viele, die damals Kinder waren, als Soldat:innen an der Front, verüben schwerste Menschenrechtsverbrechen, kämpfen ums Überleben der eigenen Kinder, leiden an Hunger oder sind auf der Flucht ums Leben gekommen. Die „zukünftigen Generationen“, die von der „Geißel des Krieges“ befreit sind (UNO-Charta), sind nicht in Sicht.

Im Vergleich

Im Jahr 2001 zählte das Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung 155 politische Konflikte, von denen 38 überwiegend gewaltsam ausgetragen wurden. Von diesen 38 wurden 12 als Kriege eingestuft und 26 als ernste Krisen.

2010 erfasste das Institut 363 Konflikte, darunter 6 Kriege und 22 sehr gewaltsam ausgetragene Konflikte. In 126 Konflikten kam es zu sporadischen Gewaltausbrüchen.

2023 dokumentierte das Institut 369 Konflikte weltweit, von denen 220 in gewaltsamer Weise ausgetragen wurden. 22 davon wurden als Kriege klassifiziert, 21 als eingeschränkte Kriege.

Demnach hat sich also die Zahl der Konflikte seit 2001 weltweit mehr als verdoppelt, die Zahl der Kriege

hat sich um 83% erhöht. Im Vergleich zu 2010 (6 Kriege) hat sich die Anzahl der Kriege im Vorjahr mehr als verdreifacht.

Steil angestiegen ist auch die Zahl der Menschen, die zur Flucht gezwungen sind: Verzeichnete das UNHCR im Jahr 2001 noch 12 Millionen Flüchtlinge, waren es im Juni 2024 über 122 Millionen. Das bedeutet eine Verzehnfachung der Menschen, die ihr zu Hause verlassen mussten und entspricht ca. der Bevölkerungszahl von Japan oder der Bevölkerung von Österreich, Deutschland, Schweiz und den Niederlanden.

Hierbei stehen der subjektiven Wahrnehmung vieler EU-Bürger:innen oder auch US-Amerikaner:innen objektive Zahlen gegenüber: Mehr als die Hälfte der zur Flucht Gezwungenen bleiben im eigenen Land, nur 25 Prozent aller Schutzsuchenden werden in Ländern mit hohem Einkommensniveau aufgenommen. Demgegenüber stehen horrenden Militärausgaben der reicheren Länder. Die Militärausgaben der NATO-Länder machten mit geschätzten 1300 Milliarden USD im Jahr 2023 rund die Hälfte der weltweiten Gesamtausgaben in diesem Bereich (rund 2400 Milliarden USD) aus.

Begründet werden die stetig höheren Militärausgaben mit Sicherheit, obwohl diese Art des Sicherheitsdenkens zu massiven Problemen, Unsicherheiten, Kriegen und Flüchtlingswellen geführt hat. So hat der völkerrechtswidrige zwanzigjährige Krieg in Afghanistan weder irgendwelche Verbesserungen

für die dortige Bevölkerung gebracht, noch konnte ein Erfolg im „Kampf gegen den Terrorismus“ erzielt werden. Der völkerrechtswidrige Krieg gegen Irak hat den Aufstieg des Islamischen Staates erst ermöglicht. Ableger des Al Kaida-Netzwerkes und des Islamischen Staates kämpfen in Ländern des Nahen Ostens und Westafrikas weiterhin um Macht und drangsalierten die Bevölkerung, im Sudan herrscht ein äußerst brutaler Bürger:innenkrieg.

Zudem trug die Invasion im Irak 2003 wesentlich zur Verschlechterung der Beziehungen zwischen den USA und Russland bei, bessere Beziehungen und die selbstverständliche Einhaltung des Völkerrechts hätten Russlands Präsident Putin das Vorgehen gegen die Ukraine vielleicht erschwert. Eine eingehende und umfassende Analyse der Fehler der Vergangenheit könnten in der Gegenwart und Zukunft positive Impulse setzen. Was zum Beispiel wurde aus dem „Gemeinsamen Haus Europa“, wann und warum wurde es in den Sand gesetzt? War die Erweiterung des NATO-Bündnisses tatsächlich die einzig mögliche Antwort auf die berechtigten Sicherheitsbedürfnisse der ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten bzw. ehemaliger Sowjet-Republiken?

Ukraine

In einem Beitrag vom 31. Dezember 2021 schreibt Wolfgang Ischinger, ehemaliger Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz: „Der westliche Sündenfall ereignete sich



beim NATO-Gipfel in Bukarest im April 2008, als die Bush-Administration ohne Rücksicht auf Verluste den Weg für die Ukraine und Georgien in das Bündnis freimachen wollte. Ein Jahr vorher hatte Putin seine berühmte Warn-Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz gehalten – keinen Schritt weiter! Washington wollte das ignorieren... Die schließlich gefundene Kompromissformel („Diese Länder werden Mitglieder der NATO werden“) schien Frankreich und Deutschland akzeptabel, weil die Ankündigung ja nicht mit einem Datum versehen war... Aus Moskauer Sicht war und ist die Bukarester Kompromissformel aber genau das Gegenteil: nämlich eine NATO-Mitgliedschaftsperspektive und damit eine nicht hinnehmbare Bedrohung der von Russland traditionell geforderten Einflusssphäre.“⁽¹⁾

Weiters beschreibt Ischinger, wie Russland 2008 durch die Abtrennung von Abchasien und Südossetiens von Georgien und 2014 durch die Annexion der Krim und die Unterstützung separatistischer Strömungen im Donbass mit militärischen Mitteln den NATO-Beitritt der beiden Länder verhinderte, da die NATO in sich gespaltene Länder nicht aufnimmt. Auch wenn die NATO-Länder Fehler begangen haben, Ischinger schreibt den großen Teil der Verantwortung an den schlechten Beziehungen und dem Vertrauensverlust zwischen Ost und West dem Verhalten Russlands seit dem Georgienkrieg zu.

Jedenfalls ist aber davon auszugehen, dass Russland nicht nur aus strategischen Interessen separatistische Strömungen unterstützt bzw. den Krieg begonnen hat, sondern auch handfeste wirtschaftliche Überlegungen eine wesentliche

Rolle spielen. Diese betreffen nicht nur die Annäherung der Ukraine an die Europäische Union, sondern die reichen Rohstoffvorkommen in den besetzten Gebieten. Russland kontrolliert rund zwei Drittel der ukrainischen Steinkohle-Vorkommen, ein Drittel der Seltenen Erden, 42 Prozent der Metallerze, 20 Prozent der Erdgas-Vorkommen und elf Prozent des Erdöls. Auch die größten Lithiumvorkommen in Europa befinden sich im Gebiet Donezk-Luhansk.⁽²⁾

Wie dem auch sei, mit der völkerrechtswidrigen Invasion hat Russland ungeheures Leid über die ukrainische und die russische Bevölkerung gebracht und die Büchse der Pandora geöffnet und zu einer ungeahnten Militarisierung in den Köpfen, in den Fabriken und den Staatsbudgets geführt. Während Tausende sterben, klingeln die Kassen der Rüstungsindustrie.

Seit Beginn des Krieges ist es das erklärte Ziel der Länder der Europäischen Union und der NATO, Russland zum Rückzug zu zwingen und die territoriale Integrität der Ukraine wieder herzustellen. Die Ukraine wurde von EU-Ländern und den USA bisher mit mehr als 200 Mrd. Euro unterstützt, erstmals stellt die EU 300 Millionen Euro aus ihrem regulären Haushalt für 20 Mitgliedsländer für den Kauf von Luftabwehrsystemen, gepanzerten Fahrzeugen und Munition, die größtenteils an die Ukraine geliefert werden sollen, zur Verfügung.⁽³⁾

Österreich reiht sich in diesen Kriegskurs ein, auch wenn es auf Grund der Neutralität keine Waffen an die Ukraine liefert. Dieser Kriegskurs ist unverständlich und zutiefst inhuman, gab es doch seit Beginn des Krieges eine Vielzahl von Vorschlägen für die Einleitung eines Friedensprozesses. Öster-

reich hätte sich aktiv und unermüdlich für Frieden einsetzen können und sollen.

Die ukrainische Zivilbevölkerung muss nun zum dritten Mal einen Winter überstehen, Zehntausende ukrainische Soldaten sind desertiert (es könnte bis zu 200 000 Desertionen gegeben haben), viele wohl aus reiner Erschöpfung. 650 000 ukrainische Männer im wehrpflichtigen Alter haben das Land verlassen.

Über die äußerst brutalen Rekrutierungsmaßnahmen in Russland, v. a. unter marginalisierten Bevölkerungsgruppen des Landes, und die unmenschlichen Zustände in der russischen Armee gibt es zahlreiche Berichte. Nach Schätzungen haben 250 000 Kriegsdienstverweigerer Russland verlassen. Russland rekrutiert laut Human Rights Watch ukrainische Zivilisten in den besetzten Gebieten zwangsweise. Außerdem sollen laut Berichten nicht nur nordkoreanische Soldaten in der russischen Armee im Einsatz sein, sondern Menschen aus Afrika, Nepal, Indien und vielen anderen Ländern, die teilweise unter falschen Versprechungen angelockt wurden.

Wir erwarten von der österreichischen Bundesregierung, dass sie

- sich für einen Waffenstillstand und die Einleitung eines Friedensprozesses einsetzt, der die menschliche Sicherheit in den Mittelpunkt stellt.
- die humanitäre Hilfe für die Menschen in der Ukraine erhöht. Seit dem Beginn des Krieges hat Österreich rund 276 Mio. Euro an staatlicher Hilfe zur Verfügung gestellt. Die österreichischen Militärausgaben stiegen im Jahr 2023 um rund 650 Mio. Euro auf 4 Mrd. Euro. Statt

(1) <https://securityconference.org/news/meldung/russland-die-nato-und-wir-gastbeitrag-von-wolfgang-ischinger>

(2) <https://www.fr.de/politik/welche-wirtschaftlichen-interessen-spielen-in-der-ukraine-eine-rolle-93445294.html>, ein Gastbeitrag von Clemens Ronnefeldt

(3) <https://www.n-tv.de/politik/EU-finanziert-Ukraine-Hilfen-erstmalig-aus-regulaerem-Haushalt-article25362483.html>





die Militärausgaben zu erhöhen, fordern wir, dass diese Mehrausgaben in den Frieden und das Wohlergehen der Menschen in der Ukraine investiert werden.

- das Recht auf Asyl für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure aus Russland, Belarus und der Ukraine uneingeschränkt anerkennt.

Palästina

Im Factsheet vom März 2024 des Außenministeriums ist zu lesen: „Die Einhaltung des Völkerrechts, insbesondere der Bestimmungen des humanitären Völkerrechts, ist eine rote Linie. Dies ist die Grundlage für die österreichische Unterstützung der Ukraine.“

Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie auch in Bezug auf Palästina dieselben Richtlinien anwendet.

Die UN-Sonderberichterstatterin für die besetzten palästinensischen Gebiete, Francesca Albanese, beschuldigt Israel, einen Genozid an den Palästinenser:innen in Gaza zu verüben. Der Bericht von Amnesty International kommt zu demselben Schluss: „Die vorliegende Untersuchung zeigt auf, dass Israels Handlungen unter den Geltungsbereich der Völkermordkonvention fallen. Israel begeht die in der Konvention definierten Handlungen mit dem Vorsatz, Palästinenser*innen im Gazastreifen als Gruppe zu zerstören. Hierzu zählen Tötungen von Mitgliedern der Gruppe, die Verursachung schwerer körperlicher oder seelischer Schäden sowie das

vorsätzliche Herbeiführen von Lebensbedingungen, die geeignet sind, die körperliche Zerstörung der Gruppe der Palästinenser*innen im Gazastreifen ganz oder teilweise herbeizuführen.“⁽⁴⁾

Der Internationale Gerichtshof ordnete Anfang dieses Jahres sechs vorläufige Maßnahmen an, darunter die Bereitstellung humanitärer Hilfe für die Menschen in Gaza und die Verpflichtung, Handlungen im Sinne der Völkermordkonvention zu unterlassen. Der Internationale Strafgerichtshof erließ Haftbefehle gegen den israelischen Ministerpräsident Benjamin Netanjahu, den ehemaligen Verteidigungsminister Yoav Gallant und den Hamas-Führer Mohammed Deif.

Unabhängig von den Angriffen der Hamas am 7. Oktober 2023 und dem darauffolgenden Krieg veröffentlichte der Internationale Gerichtshof am 19. Juli ein Gutachten, das von der UN-Generalversammlung im Dezember 2022 in Auftrag gegeben worden war. In diesem Gutachten bewertete der Gerichtshof die israelische Besatzung der palästinensischen Gebiete, einschließlich Gaza, für rechtswidrig.

Die österreichische Bundesregierung ist dringend aufgefordert,

- die Urteile und Bewertungen dieser internationalen Institutionen und Organisationen anzuerkennen, sich für einen sofortigen Waffenstillstand einzusetzen und sich intensiv um die Freilassung der israelischen Geiseln zu bemühen.
- Die militärische Kooperation mit

Israel in jeder Hinsicht sofort zu beenden.

- Den Staat Palästina diplomatisch anzuerkennen.
- Zivilgesellschaftliche israelische und palästinensische Organisationen, die sich für einen gerechten Frieden einsetzen, tatkräftig zu unterstützen.

Für eine aktive Friedenspolitik

Die Kriege in der Ukraine und im Gaza beschäftigen Österreich und Europa in besonderer Weise. Dennoch sollten wir nicht darauf vergessen, dass in vielen anderen Ländern der Welt Kriege und gewalttätige Konflikte ungezählte Opfer fordern. Österreich könnte mit einer zivilen, gewaltfreien Friedenspolitik, wie sie in der „Österreichischen Friedensstrategie“, herausgegeben vom Versöhnungsbund und ICAN Austria im Dezember 2023, entwickelt wurde, kleine, aber bedeutsame Beiträge zu mehr Frieden in der Welt leisten. Die Friedensstrategie stellt den Menschen und die menschliche Sicherheit in den Mittelpunkt, denn allzu oft werden wir zur bloßen Verschiebmasse im Spiel der geopolitischen und wirtschaftlichen Interessen, insbesondere auch der Interessen der Kriegsindustrie. Last not least sollten wir nicht vergessen, dass gleich zwei Damoklesschwerer über der Welt hängen: jenes des nuklearen Holocausts und jenes der Klimakatastrophe, die schon im Gang ist und zu der Kriege und Militarisierung einen wesentlichen Beitrag leisten. Eine andere Welt muss möglich sein, oder sie wird nicht mehr sein.

Irmgard Ehrenberger ist Geschäftsführerin beim Internationalen Versöhnungsbund - österreichischer Zweig

(4) <https://www.amnesty.at/presse/recherchen-von-amnesty-international-ergeben-israel-begeht-genozid-an-palaestinenserinnen-in-gaza/>

